



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/299 - 28.12.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21031-33
Fernschreiber 039090

Letzte Vorbereitungszeit für Berlin	S. 1
<u>Berichte aus</u>	
London	S. 3
Paris	S. 5
Stockholm	S. 8
Glosse: Verlobung als Staatsakt	S.10

Internationale Klimaveränderung

(sp) Die Politik der großen Mächte ist in Bewegung gekommen. Die unheimlich erstarrten, mit soviel Explosivstoff geladenen Fronten des Kalten Krieges beginnen aufzuweichen. Langsam, wenn auch von peinvollen Rückschlägen begleitet, beginnt sich unter den Mächtigen dieser Welt die Erkenntnis durchzusetzen, daß nun die Zeit gekommen ist, den Versuch zu unternehmen, die Sorge des Mißtrauens zwischen den Weltmächten Stück für Stück abzutragen. Gewiß wäre es verfehlt, die Fahne der Hoffnung zu weit zu stecken - was in Jahren eines erbitterten Ringens an Ressentiments, an Verdächtigungen, an Mißtrauen zwischen den rivalisierenden Machtblöcken entstand, läßt sich nicht von heute auf morgen auftauen. Allein das Bemühen, dem west-östlichen Gegensatz seine bisherige Schärfe zu nehmen, ist des Schweißes der Edlen wert; wer verhandeln will, hält zwar auch sein Pulver trocken, aber er zögert doch, die Lunte in zu nahe Nachbarschaft zu bringen.

Noch vor einem Jahr galten jene, die in einer offenen Aussprache zwischen den verfeindeten Verbündeten von ehemals den einzig möglichen Weg zur friedlichen Entspannung erblickten, als Toren.

Heute nehmen auch die heftigsten Kritiker einer Viernächte-Konferenz von damals für sich in Anspruch, schon immer für ein solches Gespräch gewesen zu sein - jene Kritiker, die nur von einer Position der Stärke aus verhandeln wollten, obwohl sie niemals in der Lage waren zu sagen, wann der nach ihrer Ansicht notwendige Grad der militärischen Erstärkung erreicht sein werde und wie von ihr aus auf friedliche Weise die Sowjetunion zur politischen Kapitulation in der von ihr besetzten Zone Deutschlands gezwungen werden könnte.

Die Befürworter einer solchen Politik vergaßen nur, daß die Ansammlung von militärischer Macht bei zwei politisch rivalisierenden Blöcken sich niemals einseitig vollzieht. Die Nachricht vom 8. August 1953, daß auch die Sowjetunion im Besitze der Wasserstoffbombe sei, enthüllte die ganze Schwäche dieser nur auf "Stärke" aufgebauten Politik. Die Nachricht wurde geradezu zu einer Art Motor für neue politische Anstrengungen, zu einem Ausgleich zu gelangen. Es führt ein direkter Weg von hier zu dem Angebot Eisenhowers, eine internationale Behörde zur gemeinsamen Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke ins Leben zu rufen. Gewiß wäre dies nur ein erster Anfang, der der Welt noch nicht die Furcht vor den verheerendsten Vernichtungswaffen nimmt, aber ein Anfang, der immerhin geeignet wäre, eine Atmosphäre des größeren Vertrauens in den internationalen Beziehungen zu schaffen, in der dann später auch die entscheidenden Schritte zur Entschärfung dieser Superwaffen leichter getan werden könnten.

Freilich gibt es nicht wenige Menschen auch unter denen, die bestimmenden politischen Einfluß haben, welche von der Vierer-Konferenz gar nichts erwarten, und leider auch solche, die ihr Scheitern geradezu erhoffen. Deren Hauptstreben scheint nur zu sein, die andere Seite an einem solchen Scheitern schuldig werden zu lassen. Selbst wenn man Vorbehalte und Skepsis dieser Art von vornherein in Rechnung stellt, so läßt sich doch nicht übersehen, daß eine Konferenz, auf die sich die Hoffnungen so vieler Völker richten, ihr eigenes Schwergewicht entwickeln wird und daß es für keine Seite leicht sein dürfte, diese für den Frieden der Welt ungeheuer wichtige Zusammenkunft von sich aus zu sprengen.

Es ist ein gutes Zeichen, daß durch die Konferenzverschiebung um drei Wochen beiden Seiten ausreichend Gelegenheit zu gründlicher Vorbereitung gegeben wird. Sie wäre freilich ungenügend genützt, wenn jeder der Beteiligten ausschließlich daran arbeiten würde, die eigenen Vorstellungen und das eigene Wunschbild vom erhofften Ergebnis so starr zu entwickeln, daß kein Raum für Überlegungen bleibt, wie durch ein vernünftiges und vertretbares Entgegenkommen an die andere Seite überhaupt erst die Grundlage für eine Einigung geschaffen werden kann.

Für das deutsche Volk steht in Berlin das eigene Schicksal auf der Tagesordnung. Es ist gut, daß diese Konferenz in einer etwas gelockerten politischen Atmosphäre stattfindet. Dies zum Besseren veränderte politische Klima kam auch in den meisten Weihnachtsansprachen der führenden Staatsmänner der Welt zum Ausdruck, eigentlich wichen nur die Erklärungen des Papstes und des deutschen Bundeskanzlers, die auf einen düsteren Grundakkord abgestellt waren, von dieser Regel ab. Natürlich wäre es verfehlt, der Berliner Konferenz in schrankenlosem Optimismus entgegenzusehen. Nicht weniger falsch aber ist es, am Beginn dieses Unternehmens die Zukunft von vornherein schwarz in schwarz zu malen. Vielmehr kommt es in den nächsten Wochen und Monaten auf deutscher Seite vor allem darauf an, daß gangbare Wege zur Wiedereinigung aufgezeigt und offengehalten werden. Möge nie der Tag kommen an dem man sagen muß, daß die Wiedervereinigung unseres gespaltenen Landes auch durch deutsche Mitschuld und Versäumnisse unmöglich gemacht wurde.

England an der Jahreswende

Von Francis Noel-Baker, ehemaligem Minister der Labour-Regierung
London, Ende Dezember

Das Jahr 1954 birgt für England viel Ungewisses: Politische und wirtschaftliche Unsicherheit im Innern, und ein gleiches Maß an Unsicherheit, wenn wir uns die Entwicklung der Weltpolitik und die Rolle, die England bei internationalen Entscheidungen spielen wird, vor Augen halten. Das bedeutet keineswegs, daß die Engländer dem neuen Jahre mit Besorgnis entgegensehen. Das Gegenteil ist der Fall. Im Großen und Ganzen sind wir optimistisch - vielleicht optimistischer, als es die Gegebenheiten zulassen.

Innerhalb der beiden großen englischen Parteien bestehen schwerwiegende politische Gegensätze. Manche außenpolitische Konzeption der Regierung, besonders aber ihr allem Anschein nach gefaßter Entschluß, General Naguib wichtige Zugeständnisse zu machen, damit der Streit um den Suezkanal und die in diesem Gebiete befindlichen militärischen Stützpunkte seinen Abschluß findet, erfüllt eine einflussreiche und entschlossene Gruppe konservativer Abgeordneter mit tiefem Mißtrauen. Diese Leute, denen sich einige führende konservative Blätter zugesellen, beschuldigen ihre Führer, lebenswichtige Empire-Interessen zu "verramschen", und gerade dieser Ausdruck, mit dem die ehemaligen Labour-Minister seinerzeit so freigiebig bedacht worden waren, klingt in den Ohren der Konservativen besonders ehrenrührig.

Einige rechtsstehende konservative Abgeordnete sind außerdem enttäuscht, weil die "freie Entfaltung" des Volkes, für die sie während des Wahlkampfes 1951 mit soviel Getöse eingetreten waren, in der Praxis eine weit weniger drastische Abkehr von der Planwirtschaft der Nachkriegsjahre (das Wort "Planung" wird in manchen konservativen Kreisen nur im Tone der Verachtung ausgesprochen) mit sich gebracht hat, als sie es erhofft hatten. Mittlerweile hat sich nämlich herausgestellt, daß es gar nicht so einfach ist, große Begeisterung für die Internationalisierung zu erwecken, und das trifft auf die Partei ebenso zu wie auf die Bevölkerung. Die Re-Privatisierung der beiden einzigen Industriezweige, die von der Regierung dafür ausersehen waren - Stahl und Straßentransport - hat gezeigt, daß diese Aufgabe in der Praxis weit schwieriger zu bewerkstelligen ist, als das auf dem Papier der Fall zu sein schien. Dieses Unterfangen wird auch nicht erleichtert durch die Drohung der Labour-Partei, die beiden Industrien in dem Augenblick wieder zu verstaatlichen, in dem die Partei an die Macht zurückgekehrt sein wird.

Winston Churchill - die große Ausnahme

Es ist betrüblich, aber unvermeidlich, daß die Frage, wie lange Churchill noch Parteiführer bleiben kann, innerhalb und außerhalb des Parlaments weidlich spekulativ ausgeschlachtet wird. Es mag wenige Engländer geben, die Sir Winston nicht tiefen Respekt und große Zuneigung entgegenbringen, und noch weniger, die im gegenwärtigen Augenblick aus sehr realen oder auch gefühlsmäßigen Gründen nicht hoffen, daß er noch über genügend physische und intellektuelle Kräfte

vorfüge, um England bei einer neuen Bemühung für den Weltfrieden voranzugehen. Eines ist gewiß: Aus freien Stücken wird Sir Winston den Kampf niemals aufgeben. Er ist fest entschlossen, seine hervorragende Laufbahn als Mann des Friedens zu beschließen, und er wird das Äußerste versuchen in der Hoffnung, daß es ihm vergönnt sei, das Seine zum großen Ausgleich mit der Sowjetunion beizutragen.

Viele verdiente alte Staatsmänner waren von ihrer Unersetzlichkeit überzeugt, und dieser Glaube hat manchmal zu persönlichen Tragödien und nationalem Unglück geführt. Sir Winston kann als die große Ausnahme gelten. Man kann sich schwer vorstellen, welche anderen Engländer, oder auch welche anderen Europäer schlechthin, die Befähigung eines tatkräftigen und aktiven Churchill aufzuweisen hätten, die ihnen ermöglichen würde, sowohl dem Krenl gegenüber den richtigen Ton anzuschlagen, als auch der amerikanischen Regierung das Verhandeln zu erleichtern, ohne daß diese von unlustigen Europäern der "Versöhnerei" oder des "Ausverkaufs" geziehen würde.

Sir Winstons Entschluß, durchzuhalten, macht Neuwahlen während seiner Amtszeit unwahrscheinlich. Aus persönlichen, internationalen und innenpolitischen Gründen wünscht Churchill, solange er Ministerpräsident ist, keinen Wahlkampf. Sollte er indessen zur Amtsniederlegung gezwungen sein, so wäre der konservativen Partei wahrscheinlich ein Hinausschieben der Neuwahlen bis zu dem Zeitpunkt erwünscht, an dem sich eine neue Führerschicht gebildet und die Bevölkerung Gelegenheit gehabt haben würde, sich ein Urteil über die neue Parteiführung zu bilden. Wie wird der neue Parteivorsitzende heißen? Wie die Dinge im Augenblick liegen, läßt sich, vorausgesetzt, daß sein Gesundheitszustand die Annahme des Vorsitzes gestattet. Sonst käme Butler infrage, der 1953 ein gut Teil der Routine-Lasten, die die Regierungsführung mit sich bringt, getragen hat.

Die Aussichten der Labour-Party

Hält der gegenwärtige Trend bis zum Zeitpunkt der kommenden Wahlen an, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Labour-Party, die schon 1951 über eine Stimmenmehrheit verfügte, obgleich sie bei der Verteilung der Parlamentssitze in der Minderheit blieb, wieder zur Macht gelangte. Ist die Labour-Party bereit, diese Macht zu übernehmen, und wie wird ihre zukünftige Führung aussehen?

Von gegnerischer Seite werden derlei Fragen mit Nachdruck gestellt. Es gibt aber auch Anhänger, die wissen möchten, ob die neue Einheit, die auf der Parteikonferenz von Margate im vergangenen September triumphierend verkündet wurde, so fest ist, wie sie es gerne sähen. Die Hauptschwierigkeit scheint darin zu bestehen, daß es heutzutage nicht die Kernfragen der Tagespolitik sind, die die Bevanisten von der Mehrheit trennen - wenn überhaupt politische Differenzen jemals der wirkliche Anlaß für politische Reibereien gewesen sein sollten.

Gesetzt den Fall, 1951 wäre es die Frage des Rüstungsumfanges gewesen, die Aneurin Bevan und seine Kollegen zum Rücktritt zwang, so kann ruhig behauptet werden, daß seither Churchill und die Konservativen ebenfalls Bevanisten geworden sind, und daß der Bevanismus jener

Tage seine Bedeutung verloren hat. Jedenfalls glauben manche Beobachter, daß Bevan aus dreierlei Gründen keine Chance hat, jemals Parteivorsitzender zu werden. Erstens, weil er sich in hohem Grade die Feindschaft der Gewerkschaften zugezogen hat. Zweitens weil ein Teil der Mitgliedschaft ihm noch heute den Zeitpunkt und die Begleitumstände seines Rücktritts verübelt, der ihrer Meinung nach für die Wahlniederlage von 1951 verantwortlich war. Und drittens, weil alle Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß die höchste Labour-Regierung wie eh und je von der alten Garde geführt werden wird, und daß in diesem Falle Bevan selbst, ungeachtet der Auffassung einiger seiner hitzigeren Kollegen, möglicherweise nicht in der Opposition verharren möchte.

Alle Parteigruppierungen jedoch dürften darin übereinstimmen, daß während der verbleibenden Amtszeit der jetzigen Regierung die Hauptaufgabe der Labour-Partei darin besteht, eine stärkere Einheit herbeizuführen, sich um ein detaillierteres Programm, als das vorhandene, zu bemühen, und, wenn möglich, nicht lediglich einen einzelnen Mann herauszustellen, sondern eine ganz neue Gruppe junger künftiger Führer.

Weder heißer Krieg noch echter Frieden

Für England ist, wie für jedes andere Land, eine einzige Frage ausschlaggebend: Wird uns das Jahr 1954 Krieg oder Frieden bringen? Die Antwort, die die meisten Engländer auf diese Frage geben, lautet: Es wird weder zum "heißen" Krieg, noch zum echten Frieden kommen. Wenn die Westmächte ihre Verteidigungsmaßnahmen aufrecht erhalten und dabei gleichzeitig die nötige Vorsicht walten lassen, und wenn nicht ein wirklich dramatischer Wechsel in Moskau stattfindet, und nicht nur eine taktische Umgruppierung - dann kann die Spannung allmählich zurückgehen, aber eine allseitige endgültige Entscheidung wird es in diesem Jahre nicht geben.

Wie wird der kalte Krieg schließlich enden? Das ist natürlich eine Frage, die von verschiedenen Engländern verschieden beantwortet wird. Ich glaube aber, man kann, ohne ins Phantasieren zu geraten, behaupten, daß immer mehr Menschen von neuem beginnen, ihre Hoffnungen in die Vereinten Nationen zu setzen, und sich erneut ernsthaft bemühen, zu den Methoden und Prinzipien zurückzukehren, denen wir alle verhaftet sind, und die von so mancher Regierung während der vergangenen Jahre schmachlich vernachlässigt wurden.

+ + +

Frankreich lebt im Jahre 1788

G.S.-Paris, Ende Dezember

Wie ein Lauffeuer breitete sich im Monat August, da eigentlich alle nur an ihre Ferien denken sollten, eine Streikbewegung über Frankreich aus, die alle Neunmalklugen, Dialektiker und Analytiker perplex und sprachlos ließ: Was war in den sonst so ruhigen und harmlosen Postbeamten Durand und den Steuereinzahler Dupont gefahren - sie, die sonst nur an eine ereignislose, von keinem Sturm bewegte Existenz dachten, waren radikal im wahrsten Sinne des Wortes geworden und harreten einen Monat hindurch in einem Streik aus, den ein französischer Chronist als den "respektlosen Streik" bezeichnet hatte. Alle hatten das Gefühl, daß da etwas Unverständliches geschehen war, denn es gönigte doch nicht, um diese Massenbewegung eines ganzen Volkes zu erklären, auf

jene "Notverordnungen" zu verweisen, die verfügen wollten, daß zum Teil nicht ganz unberechtigte Einsparungen im Staatshaushalt durchgeführt und erreicht werden sollten, daß in der Postverwaltung nicht eine fast ebenso große Zahl von Pensionsberechtigten wie Diensttuchenden aus dem defizitären Budget bezahlt würden...

Nein, da war etwas geschehen, was wahrscheinlich bleibende Auswirkungen in Frankreich haben wird und zum Jahresabschluß sicher berechtigt, diese Bewegung als das "Ereignis des Jahres" zu bezeichnen: Millionen hatten auf einmal "genug" - genug davon, daß der Staatshaushalt immer auf Kosten der Armen "sanziert" wurde, genug davon, daß die Steuern zum allergrößten Teil von den Armen entrichtet wurden; genug davon, daß fast 50 Prozent der Arbeiter, Angestellten und Beamten weniger als dieses "Lebensminimum" verdienten, das von einer haarspalterischen Kommission auf der Grundlage von 213 "notwendigen" Dingen errechnet wird.

Ein alarmierender Warnruf

Hatte nicht der eigenwillige französische Politiker Pierre Mondes-France, der im Juni, inmitten der unzähligen Ministerkrisen, dem "Geschick" der Routiniers zum Opfer fiel, erklärt, daß Frankreich sich "im Jahre 1788" befinde? Am Vorabend einer großen Revolution zu sein: Diesen Eindruck hatten der Hilfsarbeiter Meunier von den Automobilwerken Renault, der Angestellte beim großen Pariser Kaufhaus "Bon Marché" und der Textilarbeiter Garnier, den man zur Kurzarbeit verurteilte.

Die Illusion ist zerstoßen: Ministerpräsident Laniel, einer der reichsten Männer Frankreichs, der in seinen großen Textilbetrieben nur das "Lebensminimum" zahlt und sich zu Weihnachten - wie der "gute, alte Unternehmer, der seine Arbeiter versteht", dazu herbeiläßt, das Fest mit "seinen Arbeitern" zu feiern, hatte erklärt, daß Frankreich keine Lohnerhöhung vertragen könne,

Heute ist auch ein großer Teil der "kleinen Leute" von der allgemeinen Mut- und Lustlosigkeit erfaßt worden, die ein Land charakterisiert, das Millionen ohne würdige Behausung läßt und das Budget für Schulen und Universitäten den "Notwendigkeiten" eines krämerischen Opportunismus unterordnet. Aber in ihrer Mutlosigkeit, in ihrer Überzeugung, daß "sich nichts ändern" werde, leuchtet von Zeit zu Zeit ein Hoffungsstrahl, der - bewußt oder unbewußt - auf die Tat eines Mannes zurückzuführen ist, der ganz offensichtlich "seine Stunde" abwartet.

Als die bekannten Größen, die anlässlich der Präsidentenwahlen noch einmal ihren Totentanz aufführten und die letzten Jugendlichen von der Nutzlosigkeit der "Politik" überzeugten, ihre alte Leier aufspielten, von der "Größe" des Landes sprachen, ohne einen Ausweg aus der ausweglosen Gegenwart zu zeigen, erhob sich in der französischen Nationalversammlung ein Mann, der ruhig, bedächtig, aber entschlossen dies erklärte:

"Frankreich ist der Dekadenz geweiht, wenn die Regierenden nicht mehr in der Lage sind, der Jugend ein Ideal zu geben, wenn weiter geduldet wird, daß die Produktivität der französischen Wirtschaft der kleinlichen Profitsucht von Menschen geopfert wird, die nur an sich, nie an die Gemeinschaft denken, wenn nicht Wohnungen und Schulen gebaut werden, die die Grundlage für die Zukunft der Nation bilden; wenn nicht jene besteuert werden, die am meisten verdienen und dem Staat am wenigsten geben: Wenn nicht mit einer Routine Schluß gemacht wird, die davon ausgeht, daß Frankreich, dieses "reiche Land", auch in Zukunft "so oder so" über seine Schwierigkeiten hinwegkommen werde".

Der da so "radikal" sprach, war kein Sozialist, kein "Roter", wie alle konservativen Cliquen erklärten, sondern einfach ein vernünftig denkender Mann aus dem Bürgertum, Mitglied der "Radikalen", in Wirklichkeit konservativen Partei, in der er ziemlich isoliert ist. Und es geschah etwas, was in den Annalen der Vierten Republik einzigartig war: Überall in Frankreich sprach man von Mendes-France. Der berühmte "Mann der Straße" begann, sich für die Politik zu interessieren, für jene Politik, von der er "genug" hatte, weil alles getan worden war, damit er es öis "zum Halse" hatte.

Plötzlich vernahm man, daß Studenten aller Parteien zusammentraten und Entschliefungen annahmen, um diesen "klugen Mann" zu beglückwünschen; linke und rechte Zeitungen wurden nachdonklich, als - ungeohntes und nie erlebtes Ereignis - plötzlich Zehntausende von Briefen in den Redaktionsstuben eintrafen, in denen begeistert für Mendes-France Stellung genommen wurde. Für einen Mann, der nur im Kreise der Politiker bekannt war und nie etwas dazu getan hatte, um seine "Popularität" zu pflegen.

Alles soll beim alten bleiben

Doch dieser Mann, für den auch die Sozialisten stimmten, fiel den "Routiniers der Politik" zum Opfer, und Laniel, der Mann, der wollte, daß alles beim alten bleibt, wurde mit der Regierungsbildung beauftragt: Und dann brach diese "rätselhafte" Streikbewegung aus - eben unter dem Eindruck, daß alles "verfahren" sei und daß vielleicht in einem Aufbäumen eine Änderung der Verhältnisse (und nicht nur die Aufhebung einiger zweitrangiger Notverordnungen) erzielt werden könne.

Dieser "respektlose" Streik, der sich nicht an die "normalen Spielregeln" hielt, war der stärkste Ausdruck der Mut- und Hoffnungslosigkeit, die in Frankreich herrscht: Auch ein Streik kann aus diesen Beweggründen geführt werden.

"Wir sind im Jahre 1788", erklärte Mendes-France. Die Frage zu beantworten, ob 1954 dem Jahre 1789 ähneln und in dieser oder jener Form einon Sturm auf die Bastille der Routine, der Ungerechtigkeit, der Mutlosigkeit und des Zynismus bringen wird, soll hier nicht beantwortet werden. Man irrt sich immer, wenn man Prognosen aufstellt. Aber die Möglichkeit ist natürlich nicht von der Hand zu weisen. Vielleicht werden spätere Generationen sagen: "Es war einmal, im Jahre 1954..."

+ + +

Das Glück ist keine Kollektivware
Der Weg der skandinavischen Demokratie

"Lieber Freund!

Wenn Du mich fragst, was nach meiner Meinung den Gang der Entwicklung in den skandinavischen Ländern während des vergangenen Jahres am meisten beeinflußt hat, komme ich in einige Verlegenheit. Mag sein, daß sich in den einzelnen skandinavischen Ländern das eine oder das andere innerpolitische Ereignis, etwa eine Parlamentswahl oder der Rücktritt einer Regierung, als bedeutungsvoll ausnimmt. Skandinavien als Ganzes gesehen ist jedoch mehr den Auswirkungen langsamen Wachstums und Werdens unterworfen als zeitlich begrenztem, plötzlichem oder heftigem Geschehen.

Gegenwärtig ist etwa der Prozeß, der gegen den schwedischen Bischof Helander geführt wird, für die Skandinavier wichtiger als die ganze Weltpolitik. - Ob Du ein solches Verhalten für richtig hältst, ist eine andere Frage. - Man wirft dem Manne der Kirche vor, seine Bischofswahl mit Hilfe anonymer Schmähbriefe gefördert zu haben, die er selbst verfaßt und verbreitet habe, sei es auch vielleicht unter Mithilfe anderer Personen. Die Zeitungen brachten den Prozeßbericht fast ohne Ausnahme immer auf der ersten Seite, und die Sache Helander war genau so Gesprächsgegenstand auf den Arbeitsplätzen und in den Familien wie das Fußballspielen während der sportgünstigen Zeit des Jahres. Das Urteil, das am 22. Dezember verkündet wurde, erklärte Helander wegen Verbreitung verleumderischer Briefe zur Förderung seiner Wahl für abgesetzt. Es wird die Erörterungen über diesen wunderlichen Rechtsfall nicht beenden, sondern eher noch fördern. Hier stehen die Ergebnisse einer objektiven Rechtsfindung den Unschuldsbeteuerungen eines geweihten Mannes gegenüber.

Du weißt, daß wir sowohl in

D ä n e m a r k

als auch in Norwegen Wahlen hatten. In Dänemark gab es sogar drei Parlamentswahlen in einem Jahr - etwas recht Ungewöhnliches in diesem sonst so ruhigen Lande. Aber es ging um eine Verfassungänderung, und die Wahlen mußten durchgeführt werden, um dem Buchstaben des Gesetzes zu entsprechen. Die neue Verfassung wurde mit Mühe und Not unter Dach gebracht. Die Anteilnahme der Wähler war gering. Nun muß Dänemark nach den Bestimmungen der neuen Verfassung ohne eine Zweite - oder richtiger gesagt Erste - Kammer leben, aber es hat dafür anstelle eines Thronfolgers eine Thronfolgerin bekommen; denn nun kann die Krone auch auf das Haupt der ältesten Tochter des Königs gesetzt werden. Wenn nicht, was offenbar viel feiner ist, etwa ein jüngerer Bruder vorhanden ist. König Fredrik, der volkstümliche und geschätzte Monarch und Musikfreund, schreibt seinen Namen unter die Gesetze und dirigiert in seiner Freizeit die Hofkapelle.

Die Politik des Landes wird jedoch von Hans Hedtoft dirigiert. Dies ist der Mann, von dem, wie Du weißt, das dänische Volk durch seine bürgerlichen Politiker gewarnt wurde: Er und seine Partei, die Sozialdemokraten, würden das Land sicherlich in den Ruin treiben. Nun, Hedtoft hatte zwar noch nicht viel Zeit, die Warnungen seiner freundlichen Gegner zu "erfüllen", wenn es ihm auch gelungen ist, die Zahl

der Arbeitslosen zu vor mindern; aber man hat ja in Skandinavien Beispiele dafür, wie schlimm es gehen kann, wenn Sozialdemokraten regieren.

Da ist

N o r w e g e n ,

wo die Arbeiterpartei vor einigen Wochen wiederum, trotz einem für sie viel schlechteren Wahlgesetz, nach den Neuwahlen die Regierung allein bildete. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hat zur Vergrößerung des Nationaleinkommens und die Maßnahmen der Regierung haben zu dessen gerechterer Verteilung geführt. Der Wohlstand wächst, und die Bürger fühlen sich trotz oder infolge des sozialdemokratischen "zwangsstaatlichen" Regierens als freie Menschen.

Dies ist in ebenso großem Maße der Fall in

S c h w e d e n ,

wo die Sozialdemokraten streng genommen schon zwanzig Jahre an der Macht sind. Ein statistisches Ergebnis ihres Regierens las ich dieser Tage. Wenn wir wichtige Staatsausgaben miteinander vergleichen, zeigt sich, daß im Rechnungsjahr 1953/54 für die militärische Verteidigung 1,982 Millionen ausgegeben werden gegenüber 158 Millionen im Rechnungsjahr 1923/24. Für die Ausgaben des Sozialministeriums sind die entsprechenden Summen 2,677 Millionen gegen 88 Millionen und für jene des Kultusministeriums 971 Millionen gegen 128 Millionen. Gräßlich! Die Leute hier sind alle so gut angezogen, daß man einen Werftarbeiter nicht von einem Generaldirektor unterscheiden kann. Die Sozialdemokraten haben aus den Arbeitern Bürger gemacht, und diese öde Gleichmacherei setzt sich auf allen Gebieten fort: Sogar die Universitäten stehen jetzt den Arbeiterkindern offen. Weiß Gott, wohin das führen soll! - Vorläufig aber bewegt uns neben dem Helanderprozeß die Frage, ob wir in Schweden über kurz oder lang die Alkoholationierung aufheben werden oder nicht und ob man vielleicht in nicht allzu ferner Zeit auch in Schweden ein Bier zu trinken bekommt - und zwar überall und immer - das genießbar ist. Die Weltpolitik? Wozu haben wir den Außenminister Undén? Er beschwichtigt nach Ost und West - wenn auch ohne Erfolg. Zur Sicherheit rüsten wir.

Bleibt noch

F i n n l a n d -

Island zählt hier nur soweit mit, als man weiß, daß dort die Gejsire mit der Notenpresse um die Wette sprudeln und daß der Weihnachtsmann von dort kommt -. Ja, Finnland! Hier ist, wie Du weißt, der Eiserner Vorhang am dünnsten. Ministerpräsident Kekkonen wollte ihn vor kurzem noch dünner machen, indem er sich bemühte, Vorsteher einer Nuschke-Regierung zu werden. Aber er kam nicht zum Ziele, sondern wurde schön- de gestürzt. Der Freundschaftsvertrag zwischen Finnland und der Sowjetunion besteht weiter, aber die Finnen haben alle Hände voll zu tun mit dem Bemühen, trotzdem ihre Freiheit zu bewahren. Sie haben jetzt 215000 Arbeitslose zu versorgen. Seit Juni ist eine bürgerliche Regierung an der Macht, aber es besteht die Gefahr, daß bei den am 7. und 8. März stattfindenden Neuwahlen die Sozialdemokraten gewinnen und etwa auch eine so schlimme Politik machen werden wie ihre Kollegen in Norwegen, Schweden und Dänemark.

Was ich aber für das größte revolutionäre "Ereignis" in Skandinavien halte, ist oben nicht als Ereignis zu betrachten, sondern es ist ein allmähliches Werden: Seit dreißig Jahren hat sich die Buchproduktion in den skandinavischen Ländern, vor allem aber in Schweden, ver Hundertfacht. Und nicht nur dies: Die Zahl der Buchleser hat sich vertausendfacht. Nirgends in der Welt wird so viel gelesen wie im Norden, und die Dichtergeneration, die heute etwa in Schweden die bedeutendsten Männer und Frauen stellt, entstammt zum größten Teile der Arbeiterschaft. Glaubst Du nicht, daß losende Völker die Entwicklung der Demokratie auf allen Lebensgebieten besser beeinflussen können als solche, die Wahrheit nur in politischen und anderen Schlagworten suchen?

Ob die skandinavischen Völker glücklicher sind als andere, weiß ich nicht. "Glückliche Völker" gibt es wohl überhaupt nicht, denn das Glück ist keine Kollektivware. Wenn aber der Einzelne nicht mehr hungern und frieren muß, hat er es wohl näher zu den Glücksmöglichkeiten. Sie auszuschütten - darauf kommt es an. Die Politik, in Skandinavien weit davon entfernt, Selbstzweck zu sein oder dazu zu werden, ist nur ein Wegweiser zu jenen Glücksmöglichkeiten. Kann man der Politik eine höhere und schönere Aufgabe zudenken?

"Demokratie ist die politische Form der Menschlichkeit", sagte der alte Masaryk einmal. Just so denkt und handelt man im europäischen Norden".

Karl Korn

+ + +

"Hofnachrichten" aus Bonn

-tt- "Bundeskanzler Dr. Adenauer gibt sich die Ehre, die Verlobung seiner Tochter Dr. phil. Lotte Adenauer mit Herrn Dipl.-Ing. Heribert Multhaupt bekanntzugeben". Mit dieser Anzeige wurde der Zwischenakt einer Liebesgeschichte abgeschlossen, die, wenn man den Reportern trauen darf, nur dank der Energie zu einem happy end wurde, die Tochter Lotte im Familienstreit gegen Vater Konrad aufgewandt haben soll. Vater Konrad soll nämlich zunächst ganz und gar nicht mit seinem dritten Schwiegersohn einverstanden gewesen sein, der die letzte Adenauer-Tochter "entführen" will, wie man so schön zu sagen pflegt, wenn man sich mit Verlobungsgeschichten beschäftigt.

Mit der Verlobungsgeschichte Adenauer-Multhaupt beschäftigten sich aber leider nicht nur die Reporter. Die simple und im Grunde wirklich nur den engsten Familien-Clan der Adenauer berührende Tatsache, daß Heribert seiner Lotte unter dem Weihnachtsbaum den Verlobungerring ansteckte, wurde erstaunlicherweise zu einer Art Staatsakt aufgebauscht. Denn Brautvater Konrad Adenauer hielt es für angebracht, die beiden jungen Leute, die von keinerlei bundesrepublikanischer Bedeutung sind, wenn man von Tochter Lottes höchst privater Begleiterrinnen-Funktion bei Vater Konrads Auslandsreisen absieht, bei einem

offiziellen Empfang im Palais Schaumburg, im Bundeskanzleramt also, der "Bonner politischen und diplomatischen Prominenz vorzustellen". (Und da gab es Leute, die eine Modenschau im Bundestag für deplaciert gehalten hatten...)

Leicht verwirrt nimmt der normale Bundesbürger diese "Hofnachrichten" aus dem Bonner Treibhaus zur Kenntnis, die ihm beweisen, daß man in der Umgebung des Kanzlers und bei Adenauers selbst ganz offenbar das sichere Gefühl für das Mögliche und für das Zumutbare verloren hat. Und wahrscheinlich wird sich in Bundesdeutschland auch noch irgendeine Illustrierte finden, die, an bedeutenderen Beispielen geschult, die verlegten lächelnden Bundesbürger über den privaten Staatsakt oder den staatlichen Privatakt in der "Dynastie Adenauer" unterrichten wird: "Königliche Hoheit" Lotte und "Prinzgemal" Heribert. Es scheint wirklich so zu sein, daß uns Deutschen aber auch gar nichts erspart wird...

+ + +

"Theodor Heuß, ein Lebensbild"

-tt- Der Bonner Athenäum-Verlag hat kurz vor dem 70. Geburtstag des Bundespräsidenten, der am 31. Januar 1954 begangen werden wird, eine Biographie "Theodor Heuß, ein Lebensbild" herausgebracht, die Hans-Heinrich Welchert geschrieben hat. Heuß hatte seinem guten Bekannten Welchert, als sie über den Buchplan sprachen, gesagt: "Was wollen Sie über mich schreiben, mein Leben ist nicht dramatisch verlaufen!" Nun, es ist ein Leben eines klar denkenden Mannes gewesen, der immer in einer Spur gegangen und stets im Rahmen eines bürgerlichen Daseins geblieben ist. Kein Wunder, daß in diesem Leben nahezu alles fehlt, was Heuß selbst als "Dramatik" bezeichnet hat, wenn man von dem lauten Fanfarenstoß im Greisentaler absieht, von der Bundespräsidentenschaft. Die 230 Seiten Bericht, die Welchert vorlegt, werden den Menschen und Politiker Heuß einer interessierten Leserschaft vertrauter machen. Aber die allzu große Schlichtheit der Diktion eines Autors, der bisher "geschichtliche Hausbücher" geschrieben hat, wird dazu beitragen, daß für den Leser auch die geringen Ansätze einer "Dramatik" aus dem Leben dieses Bürgerpräsidenten ausgemerzt werden.

+ + +